

Kräfte mobilisieren

Interview mit Jörg Schönbohm, Innenminister des Landes Brandenburg, über das Projekt service.brandenburg.de, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sowie Erfolge und Nachholbedarf im Bereich E-Government.

Herr Minister Schönbohm, Sie hatten verstärkte Anstrengungen aller Beteiligten im Bereich E-Government in Brandenburg gefordert. Was soll sich konkret ändern?

Derzeit befinden wir uns in einer Phase des Modernisierungsprozesses, in der wir auf bedeutende Erfolge zurückblicken können, die aber alle Beteiligten auch viel Energie gekostet haben. Gerade jetzt noch einmal zusätzliche Kräfte zu mobilisieren und die Anstrengungen zu vergrößern, ist viel verlangt, aber für das Gelingen des Gesamtprozesses dringend notwendig. Wir haben beispielsweise wichtige Grundsteine für unsere E-Government-Architektur gelegt mit dem Landesverwaltungsnetz (LVN) als gemeinsamer Netzinfrastruktur für Landesverwaltung und Kommunen sowie mit dem Projekt service.brandenburg.de. Nun gilt es aber, für letzteres eine sehr viel breitere Nutzung durch die Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene zu erreichen. Dafür arbeiten wir an einem entsprechenden Integrationskonzept sowie an einem verstärkten Kunden- und Akzeptanz-Management.

In welchen E-Government-Bereichen sehen Sie in Brandenburg Nachholbedarf?

Wir müssen uns verstärkt den Querschnittsprozessen in der Verwaltung widmen. Es gilt, mithilfe von E-Government vor allem die großen und kostenträchtigen Kernprozesse sowie die grundlegende Daten- und Prozessorganisation zu modernisieren. Hier sind die Potenziale nicht annähernd ausgeschöpft. Dieses Feld ist aber entscheidend, um mithilfe von E-Government den Landeshaushalt zu entlasten – oder zumindest die beschlossenen Einsparungen an Personal- und Sachmitteln überhaupt realisierbar zu machen.

Welche Bereiche schätzen Sie als innovativ ein?

Ausgesprochen innovativ und Erfolg versprechend sind aus meiner Sicht die aktuellen Ansätze zur Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung im prozessorientierten E-Government. Hier werden noch Möglichkeiten gesehen. Wir werden in diesem Bereich auch intensiv mit der Wissenschaft zusammenarbeiten. Ein erfolgreiches Beispiel für durchgängige Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung ist in Brandenburg das Pilotprojekt mobiles Elektronisches Antrags- und Ablaufverfahren (MEA), mit dem künftig Liegenschaftsvermessun-

gen enorm verkürzt werden sollen.

Bereits im vergangenen Jahr hat die Landesregierung eine Kooperation mit den Wirtschaftskammern geschlossen. Hat sich diese bewährt?

Die gut etablierte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hat mit der Verabschiedung der Vereinbarung nochmals einen deutlichen Schub erhalten. Es wurden seither gemeinsame Aktionsfelder definiert, an denen intensiv gearbeitet wird. Die Kammern haben beispielsweise die Wirtschaftsrelevanz des E-Government-Projektportfolios bewertet. Wir arbeiten auch gemeinsam an der Optimierung des Leistungsangebotes. So werden die IHK Frankfurt (Oder) und unsere Landesvermessung (LGB) in Kürze ein Pilotprojekt im Bereich der georeferenzierten Standortpflege initiieren.

Welche Pläne gibt es hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich E-Government mit Berlin?



Jörg Schönbohm

Die grundlegenden strategischen Konzepte Brandenburgs wurden seinerzeit mit Berlin abgestimmt, und seither haben sich vielfältige Kooperationen im Bereich E-Government zwischen den beiden Ländern etabliert. So bestehen beispielsweise enge Verbindungen des Projektes *service.brandenburg.de* mit Berlin. In Zusammenarbeit zwischen dem brandenburgischen Innenministerium und dem Land Berlin ist auch der Ausbau des gemeinsamen Online-Statistikportals für die Region Berlin-Brandenburg

*Was zeichnet das Dienstleistungsportal *service.brandenburg.de* aus?*

service.brandenburg.de ist der zentrale Einstiegspunkt und zuverlässige Lotse zu Informationen und allen elektronischen Verwaltungsverfahren von Land und Kommunen. Das Motto ist: Einfach finden, was man sucht. Wer diese Plattform nutzt, muss nicht wissen, welche Behörde wofür zuständig ist. Aber *service.brandenburg.de* ist nicht nur ein gemeinsames Portal, sondern bietet darüber hinaus Basiskomponenten als Shared Ser-

tigkeiten auf elektronischem Wege ermöglicht und durch die Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner, die eine Lotsenfunktion erfüllen, erleichtert werden. Da für die Aufnahme und Ausübung gewerblicher Tätigkeiten vorwiegend kommunale Stellen zuständig sind, müssen neben der Landesverwaltung auch die Kommunen einen wesentlichen Teil der Umsetzung realisieren. Heute erfordert die Gewerbeanmeldung in der Regel das persönliche Erscheinen. Bis Ende 2009 müssen die Kommunen auch für den elektronischen Weg rechtssichere Verfahren anbieten. Will man das Potenzial aus der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie richtig nutzen, dann müssen auch die behördeninternen Wege und die zwischen den Behörden elektronisch werden.

„Es gilt, mithilfe von E-Government die grundlegende Daten- und Prozessorganisation zu modernisieren.“

realisiert worden. Die gemeinsame Geodaten-Infrastruktur für die Region befindet sich im Aufbau.

Wie kann die Nutzerorientierung von E-Government verbessert werden?

Durch die Mitarbeit der Kammern kennen wir die Projekte, bei denen Unternehmen die Nutzerperspektive einbringen wollen. Wir führen auch regelmäßig Unternehmensstudien zur Nutzung und Bekanntheit von Online-Dienstleistungen durch. Seitdem setzen wir verstärkt auf Marketing für die bestehenden Anwendungen. Ein Beispiel: Derzeit bereitet das Innenministerium einen Katalog vor, der die relevanten Informationen und Services für Unternehmen bündelt. Den Katalog sollen dann rund 40.000 Unternehmen des Landes über die Kammern erhalten.

vices, die von Land und Kommunen gleichermaßen für die Umsetzung ihrer Fachverfahren genutzt werden können. Mit dem Formularservice und der Virtuellen Poststelle können Fachverfahren auf elektronischem Wege rechtssicher und geschützt abgewickelt werden. Mit der Bezahlplattform können später zudem gebührenpflichtige Verwaltungsvorgänge medienbruchfrei erledigt werden.

Welche Herausforderungen ergeben sich im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie für Land und Kommunen?

Einerseits müssen alle von der Richtlinie betroffenen Rechtsvorschriften in Bezug auf Vereinfachung von Genehmigungsverfahren überprüft werden. Andererseits müssen die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstä-

Das brandenburgische Innenministerium hat beim E-Government-Wettbewerb der Unternehmen BearingPoint und Cisco einen Preis erhalten. Was kennzeichnet die Lösung, die in der Kategorie „Verwaltungsinterne Prozesse“ ausgezeichnet wurde?

Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg hat in einer Abteilung mit zirka 140 Beschäftigten ein Dokumenten-Management- und Vorgangsbearbeitungssystem im Testbetrieb eingeführt und erstmals bewiesen, dass auch auf ministerieller Ebene eine vollständige elektronische Aktenhaltung und Bearbeitung möglich sind. Das Papier dient nur noch der Arbeitsunterstützung. Effizienzgewinne entstehen insbesondere durch deutlich verringerte Prozess- und Aktenrecherchezeiten.

Interview: Alexandra Reiter